

Sitzung des Hauptvorstandes in Düsseldorf

Zielführende Vorbereitung des Gewerkschaftstages



Zielführende und produktive Sitzung des Hauptvorstandes im Hotel Meliá Düsseldorf

Vorschlag neuer Ehrenmitglieder des DBB NRW auf der Tagesordnung dieser sehr zielführenden und produktiven Veranstaltung. Weiterhin wurden am Veranstaltungsort, dem Crowne Plaza in Neuss, durch die Geschäftsstelle bereits erste veranstaltungsorganisatorische Absprachen vorgenommen. Zudem möchte die Geschäftsstelle darauf hinweisen, dass im März der Versand der Tagungsunterlagen an die Delegierten und Gastdelegierten erfolgt.

Am 5. Februar 2024 befasste sich der Hauptvorstand des DBB NRW auf seiner halbjährlichen Sitzung in Düsseldorf intensiv mit den Vorbereitungen für den Gewerkschaftstag 2024

des DBB NRW vom 5. bis 7. Mai in Neuss. Das Gremium erarbeitete Empfehlungen zu den bereits zuvor vom Vorstand beratenen Anträgen aus. Etwas mehr als 150 Anträge wurden

für den Gewerkschaftstag von den Fachgewerkschaften, der Frauenvertretung, der Seniorenvertretung, der dbb jugend nrw sowie den Kreis- und Stadtverbänden eingereicht und nun vom Hauptvorstand mit entsprechenden Voten versehen. Weiterhin standen aktuelle Lageberichte zur Tagespolitik, die Vorstellung der Rechnungsprüfung für das Jahr 2023, die Abstimmung über eine Ehrenordnung und der



Die Geschäftsstelle bei der Organisation des Gewerkschaftstages am Veranstaltungsort

© DBB NRW/Christian Kratzsch (5)



2 Mahnung für Opfer des Nationalsozialismus

DBB NRW auf Gedenkveranstaltung des Landtages



4 Wachwechsel im KV Dortmund

Postentausch zwischen Norbert Kovac und Christian Stemke



6 Schwarz, Rot, Gold und die ersten Grundrechte

Zum 175. Jubiläum der ersten freiheitlich-demokratischen Verfassung für Deutschland (Teil I)



Grundgesetz ist Basis unseres gesellschaftlichen Zusammenlebens

Nie wieder ist jetzt!



Der DBB NRW unterstützt die Initiative der Landesregierung mit Plakaten und Bannern.

Wir müssen jeden Tag unter Beweis stellen, dass sich Deutschland seiner historischen Verantwortung bewusst ist und entsprechend handelt.

Auch der DBB NRW wird in Nordrhein-Westfalen seinen Beitrag dazu leisten. Der DBB NRW unterstützt daher die Initiative „Nie wieder ist jetzt!“ der

Landesregierung von Nordrhein-Westfalen gegen Extremismus, Antisemitismus, Rassismus sowie Fremdenfeindlichkeit ideell sowie mit Plakaten und Demonstrationen. Darüber hinaus liegt es jedoch an jedem Einzelnen, sich nicht nur nach Aufruf durch politische oder gesellschaftlicher Akteure, sondern jederzeit im täglichen Leben, gemeinsam mit Familienangehörigen, Freunden oder Kollegen, aber auch alleine in Bus und Bahn, am Arbeitsplatz oder im Verein für die Wahrung unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung, als Basis unseres gesellschaftlichen Zusammenlebens, einzusetzen und sich extremistischen, rassistischen oder gesellschaftsspalterischen Kräften aktiv entgegenzustellen. Die Plakate und Banner sind, solange der Vorrat

reicht, über die Geschäftsstelle zu beziehen.

Drei Verfassungsjubiläen im Blick

In diesem Jahr begehen wir in Deutschland gleich drei Verfassungsjubiläen: 175 Jahre erste freiheitlich-demokratische Reichsverfassung, 105 Jahre Reichsverfassung der Weimarer Republik und 75 Jahre Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland. Über das Werden, Scheitern und Gelingen freiheitlich-demokratischer Verfassungen in der deutschen Geschichte wollen wir in einer mehrteiligen Serie ab dieser Ausgabe des NRW Magazin berichten.

Erinnerung an die Opfer des Nationalsozialismus

Nie wieder ist jetzt! – Gedenkstunde im Landtag

Am 27. Januar 1945 wurde das Vernichtungslager Auschwitz-Birkenau von der Roten Armee befreit. Seit 1996 wird an diesem „Holocaust-Gedenktag“ an die mehr als sechs Millionen Juden gedacht, die durch die Nationalsozialisten umgebracht worden sind.

Erinnert wird auch an die zahlreichen weiteren Opfer: Christen, Sinti und Roma, Menschen mit Behinderung, Homosexuelle, politisch Andersdenkende sowie Männer und Frauen des Widerstandes, Wissenschaftler, Künstler, Journalisten, Zwangsarbeiter und Kriegsgefangene. Gedacht wird an diesem Tag ebenfalls der Millionen Menschen, die unter der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft entrechtet, verfolgt, gequält und ermordet wurden.

Im Vorfeld dieses Tages fand am 26. Januar 2024, eine Gedenkstunde an die Opfer des Nationalsozialismus im Landtag NRW statt. Zu dieser Veranstaltung waren auch Vertreter des DBB NRW eingeladen. Ein Schwerpunkt war in diesem Jahr das Gedenken an die Opfergruppe der Sinti und

Roma. Ministerpräsident **Hendrik Wüst** hielt in diesem Rahmen eine Rede. Zudem sprachen der Präsident des Parlaments, **André Kuper**, der Vorstand der Synagogengemeinde Köln, **Dr. Michael Rado**, und **Roman Franz**, 1. Vorsitzender des Landesverbandes Deutscher Sinti und Roma NRW. In einem Videointerview gab die Sinta und Holocaust-

Überlebende **Theresia Neger** Einblicke in ihre Verfolgungsbiografie. Auch sie wohnte der Gedenkstunde bei. Eingeladen waren darüber hinaus Vertreter der jüdischen Landesverbände, die Antisemitismusbeauftragte des Landes NRW, **Sabine Leutheusser-Schnarrenberger** und Vertreter gesellschaftlicher Organisationen.

Während der gemeinsamen Veranstaltung von Parlament und Landesregierung erinnerte Landtagspräsident André Kuper in seiner Rede an die staatlich organisierte Tötungsmaschinerie der Nationalsozialisten, der sechs Millionen europäische Juden zum Opfer fielen. Auch Sinti und Roma seien im NS-Staat systematisch diskriminiert und entrechtet, drangsaliert, in Lager deportiert, ausgebeutet und ermordet worden. Rund eine



Der Landtag erhob sich zur Schweigeminute für die Opfer des Holocaust.

halbe Million Menschen dieser Gruppe wurden von den Nationalsozialisten getötet, mehr als zwei Drittel aller deutschen Sinti und Roma.

Landtagspräsident André Kuper appellierte an die Bürger, die Demokratie zu schützen. „Unser Gedenken fällt in diesem Jahr in eine Zeit, in der in vielen Städten Deutschlands, auch hier in Nordrhein-Westfa-

len, Hunderttausende Bürgerinnen und Bürger auf die Straße gehen. Sie setzen damit ein deutliches Zeichen gegen Antisemitismus, Extremismus und Hass. Die Menschen wollen in Demokratie und Rechtsstaatlichkeit leben und das ist die übergroße Mehrheit.“

Für Menschenwürde, Freiheit und Demokratie! – Nie wieder ist jetzt!



Landtagspräsident André Kuper, Roman Franz (1. Vorsitzender des Landesverbands Deutscher Sinti und Roma NRW), Dr. Michael Rado (Vorsitzender der Synagogengemeinde Köln) und Ministerpräsident Hendrik Wüst (von links)

© Landtag NRW/Bernd Schälte (2)

Sparkassenkunden sollen Respekt zeigen

Innenminister präsentiert Kampagne mit Symbolik und guten Worten

Mit der Kampagne „NRW zeigt Respekt!“ möchte das nordrhein-westfälische Innenministerium ein Zeichen gegen Gewalt an Einsatzkräften setzen. Die beiden Sparkassenverbände Rheinischer Sparkassen- und Giroverband (RSGV) sowie Sparkassenverband Westfalen-Lippe (SVWL) unterstützen die landesweite Initiative. Bürgerinnen und Bürger können in ausgewählten Sparkassenfilialen die „NRW zeigt Respekt!“-Anstecker kostenlos abholen. Innenminister **Herbert Reul** übergab zum Auftakt der Aktion die Anstecker an **Michael**



NRW-Innenminister Herbert Reul (Mitte) überreicht Prof. Dr. Liane Buchholz und Michael Breuer einen symbolischen Anstecker.

Breuer, Präsident des Rheinische Sparkassen- und Giroverbandes, sowie **Prof. Dr. Liane Buchholz**, Präsidentin des Sparkassenverbandes Westfalen-Lippe. NRW-Innenminister

Herbert Reul betont: „Es sind die Retter, Freunde und Helfer, die Uniform tragen. Gewalt und Respektlosigkeit gegen unsere Freunde und Helfer dulden wir nicht. Wir müssen uns

hinter diejenigen stellen, die täglich für uns den Kopf halten, unseren Respekt leben und zeigen.“ Durch das Tragen der Anstecker soll Solidarität mit den Menschen in Uniform gezeigt werden. Die Einsatzkräfte von Polizei, Feuerwehr und Rettungskräften gehen im Dienst für die Gesellschaft oft bis an ihre Grenzen. Häufig wird ihr Einsatz jedoch gestört oder behindert. Mit dieser Kampagne setzt das nordrhein-westfälische Innenministerium ein Zeichen gegen Gewalt an Einsatzkräften. Die Solidaritätskampagne geht auf eine Initiative aller Fraktionen im nordrhein-westfälischen Landtag zurück und wurde 2020 ins Leben gerufen.

Dienstrecht

Fehlender Respekt gegenüber Feuerwehrleuten?

Landesregierung hält an Anhebung der Altersgrenze auf 62 Jahre fest

Nachdem im Herbst Hunderte Feuerwehrleute mit einer Protestkundgebung und einer 24-stündigen Mahnwache gegen die Pläne der NRW-Landesregierung, die Altersgrenze von

60 auf 62 Jahren anzuheben, protestierten, sprach Innenminister **Herbert Reul** damals im Landtag über das Gesetz von einer Diskussionsgrundlage, über die man noch reden

könne. Von diesem Entgegenkommen möchte der Minister jedoch nun nichts mehr wissen. Der inzwischen an den Landtag übermittelte und nahezu unveränderte Gesetzentwurf der Landesregierung betrifft rund 16 000 Beamtinnen und Beamte der Berufsfeuerwehren in Nordrhein-Westfalen. Trotz einer etwas verlängerten Übergangsfrist, sollen nun 13 500 Feuerwehrleute ein Jahr länger und knapp 2 500 Feuerwehrleute zwei Jahre länger arbeiten. Das werde, laut

komba nrw, die Kolleginnen und Kollegen massiv frustrieren, die damals vor dem Landtag in den frostigen Temperaturen ausgeharrt hätten, um ihren Protest zu bekunden. Beindruckt von der Großdemonstration der Feuerwehrleute vor dem Landtag, hatte Innenminister Reul noch reumütig Gesprächsbereitschaft signalisiert. Jetzt wird langsam klar, dass das alles nur Show war. Offenbar hat die schwarz-grüne Landesregierung die Feuerwehrleute mit ihren Forderungen umsonst im (Schnee-) Regen stehen gelassen.



Etwas Wärme bei frostigen Temperaturen – Mahnwache der Feuerwehren auf der Landtagswiese gegen die Heraufsetzung der Altersgrenze auf 62 Jahre

Wachwechsel in Dortmund

Postentausch zwischen Norbert Kovac und Christian Stemke

Nachdem **Norbert Kovac** sein Amt als Vorsitzender des DBB NRW Kreisverbandes Dortmund niedergelegt hatte, erfolgte am 23. Januar in Dortmund die Neuwahl des Kreisvorsitzenden und des stellvertretenden Kassenprüfers.

Als Wahlleiterin fungierte **Astrid Walter-Strietzel** aus dem Landesvorstand, die zuvor auch einen Bericht über die Arbeit des Landesverbandes in den letzten Monaten sowie die Ergebnisse der Einkommensrunde 2023 und deren Übertragung in den Besoldungs- und Versorgungsbereich abgab. Als Vorsitzender wurde **Christian Stemke** vorgeschlagen und einstimmig gewählt. Zum

stellvertretenden Kassenprüfer wurde Norbert Kovac mit einer Enthaltung gewählt.

Christian Stemke ist Mitglied bei der komba gewerkschaft nrw und dort ehrenamtlicher Geschäftsführer der Regio Westliches Westfalen in Dortmund.

Nach seinem in den nächsten Monaten anstehenden Wechsel in den wohlverdienten (Un-) Ruhestand möchte Herr Stemke weiterhin „gerne etwas DBB NRW Arbeit machen“ und den Kreisverband zukunftssicher aufstellen. Ferner ist mittelfristig auch angedacht, zusätzlich die Betreuung des Kreisverbandes Unna zu übernehmen und



Astrid Walter-Strietzel, Christian Stemke, Norbert Kovac, Mechtild Kapsa-Blankenberg

zu versuchen, den Verband wieder auf die Beine zu stellen. Hierzu laufen bereits hilfreiche

Gespräche mit dem Landesvorstand und der DBB NRW Geschäftsstelle.

Treffen der dbb Landesvorsitzenden

Klausurtagung der Landesbünde in Erfurt

dbb Landesbünde



Die Vorsitzenden der 16 Landesbünde des Beamtenbundes und Tarifunion begrüßten in Erfurt den Thüringer Ministerpräsidenten Bodo Ramelow.

Zu ihrer Klausurtagung trafen sich die jeweiligen Vorsitzenden der 16 Landesbünde des dbb beamtenbund und tarifunion am 15. und 16. Februar 2024 in Erfurt. Der Thüringer

Ministerpräsident **Bodo Ramelow** nahm die Klausurtagung zum Anlass, einen Redebeitrag zu 75 Jahre Grundgesetz und zur Europawahl 2024 beizusteuern. Ziel der Veranstaltung

war ein Austausch von aktuellen Gesetzgebungen im Beamtenrecht auf Länderbasis. Aufgrund des Föderalismus zeigen sich hier zum Teil große Unterschiede zwischen den einzelnen dbb Landesbünden. Bezüglich des Abstandsgebotes zwischen Grundsicherung und Besoldung sieht Ministerpräsident Ramelow die Einberechnung von Partnereinkommen durchaus kritisch.



Ministerpräsident Ramelow (rechts) referiert über die anstehenden Wahlen und beamtenrechtlichen Fragen.

DBB NRW im vopolitischen Raum

Öffentlicher Dienst ist Garant für funktionierendes Gemeinwesen

Während einer öffentlichen Veranstaltung des Heimatvereins Jöllenbeck (Stadt Bielefeld) referierte der 1. Vorsitzende des DBB NRW, **Roland Staude**, über die Bedeutung des öffentlichen Dienstes für Staat und Gesellschaft. Einhellige Meinung der Veranstaltungsbesucher ist, dass der öffentliche Dienst das Rückgrat von Staat und Gesellschaft ist. Ohne seine Existenz würde das gesellschaftliche Zusammenleben in unserem Land kaum funktionieren. Nicht nur Sicherheit, Soziales und Bildung wären ge-

fährdet, auch die Schaffung wirtschaftlicher Grundlagen für unseren Wohlstand wäre kaum möglich. Ohne die Umsetzung der gesetzlichen Rahmenbedingungen unseres gesellschaftlichen Zusammenlebens durch den öffentlichen Dienst, würden Willkür, Anarchie und Profitgier zu einem „Recht des Stärkeren“ führen. Auch bei dieser Veranstaltung wurde deutlich, dass für die Meinungsbildung, gerade auch im vopolitischen Raum, die Arbeit und Präsenz des DBB NRW unerlässlich ist. ■



© DBB NRW/Roland Staude
Vereinsvorsitzender Uwe Biermann (rechts) überreicht Roland Staude die Ortschronik von Jöllenbeck als Dankeschön.

dbb jugend nrw

Alaaf Magenta – Willkommen im Club!



© ddb jugend nrw
Zu ihrer legendären Karnevalsparty auf dem Rhein begrüßte die ddb jugend nrw rund 350 feierfreudige Jecke aus dem ganzen Land.

Sie kamen aus dem ganzen Land: aus dem Norden der Republik, aus dem Süden, aus dem Osten und aus dem Westen. Rund 350 feierverrückte Mitglieder der ddb jugend nrw trafen sich Anfang Februar bei der magentasten Party des Jahres auf dem Rhein: Alaaf Magenta, der legendären Karnevalsparty

der ddb jugend nrw. Und die war ein voller Erfolg.

Gleich nach der ddb Jahrestagung, mit der im Januar stets das Gewerkschaftsjahr eröffnet wird, kommt – traditionell am Samstag vor den jecken Karnevalstagen – das magenta Verbandshighlight

der Jugend im ddb: die Karnevalsparty „Alaaf Magenta – Willkommen im Club“. Zur zwölften Auflage der jecken Party kamen rund 350 Gäste aus allen Landes- und Fachgewerkschaftsteilen der großen ddb Familie, um gemeinsam zu feiern, zu tanzen und den Höhepunkt der fünften

Jahreszeit einzuläuten. In originellen Kostümen und bei bester Stimmung ging die Feier auf dem Rhein bis fast zwei Uhr morgens – diesmal statt auf der MS Loreley auf dem neusten und modernsten Schiff der KD-Flotte: der MS RheinGalaxie. DJ Fabian sorgte für ausgelassene Stimmung auf dem Dancefloor – und für alle diejenigen, die nachher wieder behaupten, das Schiff hätte gar nicht abgelegt, sei gesagt: Auch diesmal sind wir wieder einmal den Rhein hoch- und wieder hinuntergefahren.

Die ddb jugend nrw freut sich sehr, auch in diesem Jahr wieder so viele junge Mitglieder in bester Stimmung angetroffen zu haben. Den Schwung und die positiven Vibes nehmen wir gerne mit ins Gewerkschaftsjahr – und hoffen auf ein gesundes und fröhliches Wiedersehen! ■

FERIENZIELE

Sparen in Franken 7 Ü/HP statt 420,- € nur 399,- € p.P. Gasthof Klaus Eisfelder mit eig. Metzgerei, Lohrer Str. 2, 96176 Pfarrweisach, bei Bamberg, Prosp. anf. ☎ 09535-269



175 Jahre erste gesamtdeutsche Verfassung

Schwarz, Rot, Gold und die ersten Grundrechte

In diesem Jahr begehen wir in Deutschland gleich drei Verfassungsjubiläen. Auch wenn der 75. Jahrestag der Verkündung des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland am 23. Mai 1949 überwiegend im Fokus der Aufmerksamkeit steht, feiern wir mit dem 14. August 1919 den 105. Jahrestag der Verkündung seines demokratischen Vorläufers, der Weimarer Reichsverfassung. Wesentliche Grundlagen für beide Verfassungsentwürfe wurden jedoch bereits vom ersten deutschen Nationalparlament, der Deutschen Nationalversammlung, am 27. März 1849 verabschiedet. Offenbar war diese Verfassung zu modern für ihre Zeit, weshalb sie leider keine Chance hatte. Wie kam es jedoch zu dieser Verfassung und warum scheiterte mit ihr damals auch ein deutscher Nationalstaat?

Modernisierung durch Industrialisierung

Die Französische Revolution brachte ab 1789 auch in die überwiegend landwirtschaftlich geprägten 300 deutschen (Klein-) Staaten, mit eigenen Währungen, Gewichten, Längengrößen und Zollgrenzen, einen Schub der Modernisierung. In den von Napoleon besetzten Gebieten des deutschen Westens führte der „Code Civil“ die Gleichheit der Bürger vor dem Gesetz ein, die Verwaltung wurde verbessert und Hausnummern eingeführt. Dies strahlte auf die übrigen Gebiete Deutschlands aus.

Ab 1800 wurde die Leibeigenschaft in den deutschen Staaten abgeschafft (Bauernbefreiung). Die einsetzende Industrialisierung beeinflusste zunehmend die Lebensverhältnisse der Bevölkerung. Das aufstrebende Bürgertum konnte sich Bildung leisten. Bessergestellte Bürger schickten ihren Nachwuchs auf Gymnasien und Universitäten. Die fortschreitende Ausprägung berufsfachlicher Anforderungen verbesserte zunehmend auch die Bildung für das weniger begüterte Bürgertum.

Befreiungskriege prägen Nationalbewusstsein

Viele Studenten nahmen an den Befreiungskriegen gegen Napoleon teil. Sie traten hierfür in Freikorps ein. Anstatt auf den König oder Fürsten schworen die Kämpfer der Freikorps ihren Eid auf das Vaterland. Eines der bekanntesten Freiwilligenverbände war das Lützowsche Freikorps, welches von Major Ludwig Adolf Wilhelm von Lützow 1813 errichtet und 1814 als Infanterieregiment in die preußischen Linientruppen übernommen wurde. Obwohl das Freikorps im Krieg gegen Napoleon eher glücklos war, entwickelte es aufgrund seiner Zusammensetzung aus Freiwilligen fast aller deutscher Staaten eine hohe Symbolkraft für die späteren Bestrebungen zur Errichtung eines deutschen Nationalstaates.

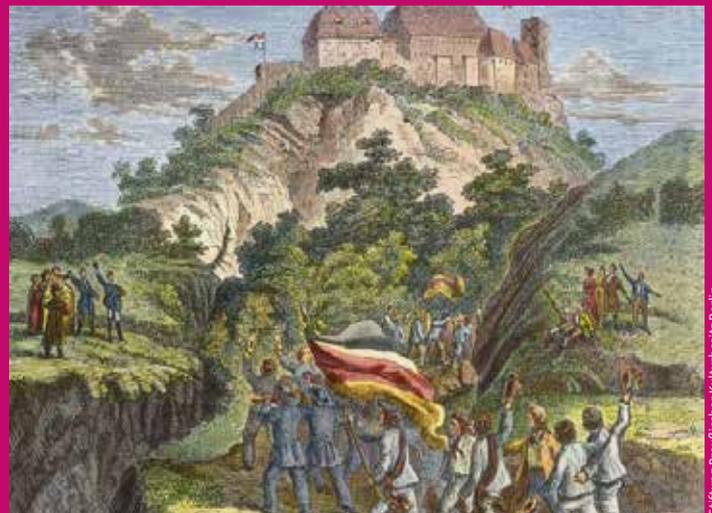
Neue Zeitungen stehen für Freiheit und das neue Nationalbewusstsein

Von seinen Uniformfarben (schwarzes Tuch, rote Paspeln, goldfarbene Knöpfe) leiten sich die deutschen Nationalfarben Schwarz-Rot-Gold her. Wobei die Uniform der Soldaten anfänglich, wohl mangels Geldes, aus schwarz eingefärbter Zivilkleidung bestand.

Ausgehend von dieser Uniformierung, wurden die deutschen Nationalfarben symbolisch aufgeladen: Das Schwarz stehe für die Finsternis der napoleonischen Besatzungszeit, das Rot

am 18. Oktober 1813 und dem Ende der Befreiungskriege hegten viele Deutsche die Hoffnung auf eine Erneuerung der Reichseinheit, die sich nach dem Wiener Kongress 1815 allerdings als Illusion erwies. Nachdem am 23. April 1814 ein Waffenstillstand mit Frankreich vereinbart worden war, wurde am 30. Mai 1814 der Friedensvertrag unterzeichnet und zugleich entschieden, dass die am Krieg beteiligten Mächte innerhalb von zwei Monaten Delegierte nach Wien entsenden, um die Details der künftigen Friedensordnung zu klären.

Unter maßgeblichem Einfluss des österreichischen Ministers Clemens Fürst von Metternich verhandelten vom Oktober 1814 bis Juni 1815 die Vertreter der europäischen Mächte in Wien um eine künftige Friedensordnung. Das landläufige



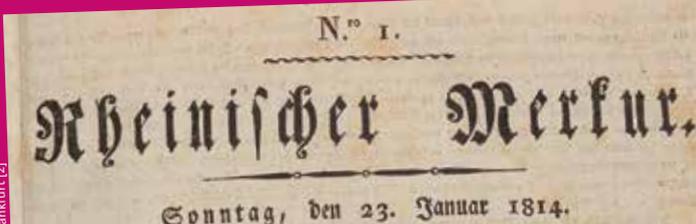
Aufzug der Studenten auf die Wartburg in Thüringen 1817

Stiftung Preussischer Kulturbesitz Berlin

stehe für das Blut, welches im Kampf um die Freiheit vergossen wird, das Gold für die Morgenröte am Horizont und die goldene Zukunft.

Nach Napoleons Niederlage in der Völkerschlacht bei Leipzig

Bild des „tanzenden Kongresses“ wird den Bemühungen der Delegierten insoweit nicht gerecht, als diese eben nicht nur zu Geselligkeiten, sondern vor allem zu vielen Arbeitssitzungen zusammenkamen. Die Agenda war umfangreich,



sie reichte von der Regulierung der internationalen Rheinschiffahrt bis zur Unterbindung des Sklavenhandels.

Im Mittelpunkt standen jedoch die Bemühungen, eine politische und territoriale Ordnung für Europa und vor allem Mitteleuropa, also die deutschen Staaten, zu finden. Die „souveränen Fürsten und freien Städte Deutschlands“ mit Einschluss des Kaisers von Österreich und der Könige von Preußen, von Dänemark und der Niederlande einigten sich schließlich auf die Errichtung des Deutschen Bundes.

Hierbei handelte es sich um einen Staatenbund, der für Sicherheit nach außen und innen sorgen sollte. Der Bundeszweck war damit sehr eingeschränkt. Es war beispielsweise nicht die Aufgabe des Bundes, Rechtsverhältnisse zu vereinheitlichen oder einen gemeinsamen Wirtschaftsraum zu schaffen. Grundlage für das Bundesrecht waren vor allem die Bundesakte von 1815 und die Wiener Schlussakte von 1820. Zusammen bildeten sie die eigentliche Bundesverfassung.

Für wesentliche Veränderungen des Bundes war Einstimmigkeit vonnöten. Das wichtigste Bundesorgan, der Bundestag, war, anders als heute, nur ein Gesandtenkongress der Einzelstaaten. Es gab somit keine bundesstaatliche Regierung, kein Parlament, kein Gericht und somit auch keine Gewaltenteilung. Eine Weiterentwicklung dieses Bundes in diese Richtung war nicht vorgesehen, denn die größten Mitglieder (vor allem Österreich, Preußen und Bayern) hatten kein Interesse an einer Bundesreform. Für sie diente der Deutsche Bund in erster Linie zur Unterdrückung nationaler, liberaler und demokratischer Bestrebungen. Die im Art. 13 der Bundesakte versprochenen landesständischen Verfassungen wurden nur zögerlich oder gar nicht erlassen.

Studentenbewegung für die deutsche Einheit

Die Studenten der Universität Jena, bis dahin in den traditionellen Landsmannschaften organisiert, gründeten 1815 die Urburschenschaft, um die

deutsche Einheit und vor allem die „Tugenden der Nation“ an der Universität vorzuleben. Viele von ihnen hatten in den Befreiungskriegen im Lützowschen Freikorps oder als Freiwillige Jäger gedient. Nach dem gemeinsamen Kampf gründeten Teile der zurückkehrenden Studenten Burschenschaften, da sie sich dem Ziel „Freiheit und Selbständigkeit des Vaterlandes“ verpflichtet fühlten und die nach regionalem Herkunftsgebiet gewachsenen Landsmannschaften als nicht mehr zeitgemäß ansahen.

Zu Pfingsten 1817 hatten Urburschenschafter der Universitäten Jena und Halle auf einem Treffen in Naumburg beschlossen, anlässlich des 300. Jahrestages des Thesenanschlags Martin Luthers am 31. Oktober 1517 und im Gedenken an die Völkerschlacht bei Leipzig 1813 Studenten aller deutschen Universitäten zum 18. Oktober 1817 nach Thüringen auf die Wartburg zu einem „Nationalfest“ einzuladen. Am 11. August 1817 ergingen aus Jena Einladungsschreiben an Burschenschaften und Landsmannschaften der Universitäten Berlin, Breslau, Erlangen, Gießen, Göttingen, Greifswald, Heidelberg, Kiel, Königsberg, Leipzig, Marburg, Rostock und Tübingen. Rund 500 Studenten und einige Professoren von 13 Universitäten kamen nach Eisenach, womit ungefähr jeder 20. deutsche Student an der Veranstaltung teilnahm. Mehr als die Hälfte der Teilnehmer studierte Rechtswissenschaften oder Theologie, 50 Prozent kamen aus Beamtenfamilien. Die Veranstaltung wurde zu einer Protestkundgebung gegen reaktionäre Politik, Kleinstaaterei und für einen Nationalstaat mit einer eigenen Verfassung. Unter dem Wahlspruch „Ehre, Freiheit, Vaterland“ wurden im Rittersaal der Wartburg zunächst Reden gehalten. Im Anschluss an das Bankett zogen die Studenten und Professoren in einem Fackelzug auf den Wartenberg ganz in der Nähe, wo bereits in Gedenken an die Völkerschlacht Siegesfeuer entzündet worden waren.

Dort kam es zur Verbrennung von Gegenständen, die den Obrigkeitsstaat symbolisieren, etwa ein Uniformrock und ein Korporalstock. Bei der ins Feuer

geworfenen Literatur handelte es sich um Werke, die sich für die Kleinstaaterei und gegen einen deutschen Nationalstaat aussprachen oder den Anwesenden schlicht zu frankreichfreundlich waren.

Im Nachgang des Wartburgfestes wurden die geäußerten Gedanken dann in einem Programm zusammengefasst. Die 35 Grundsätze und zwölf Beschlüsse enthalten konkrete **Forderungen nach der Einheit Deutschlands, der Einführung gewählter Volksvertretungen und einer konstitutionellen Monarchie sowie wesentliche Grundrechte, wie persönliche Freiheit, Gleichheit vor dem Gesetz, ordentliche Gerichtsbarkeit, Rede- und Pressefreiheit.** Die Obrigkeit ist entsprechend alarmiert und intensiviert in der Folge ihre Überwachungsmaßnahmen an den deutschen Universitäten.

Politischer Rückschritt erhöht Reformdruck

In politischer Hinsicht war die Nachkriegszeit, vor allem der sogenannte „Vormärz“ ab 1830, durch das Aufkommen von Nationalismus, Liberalismus und Sozialismus sowie durch die dagegen gerichtete restaurative Politik der Verfolgung und Unterdrückung geprägt.

Stärkste Bastion der Restauration, der Wiederherstellung der alten Mächte, war die sogenannte Heilige Allianz aus Preußen, Russland und Österreich. Nach dessen Staatskanzler und Außenminister wird diese Epoche, bezogen auf die gesamteuropäische Geschichte, auch als Ära Metternich bezeichnet.

Fortsetzung folgt in der April-Ausgabe



Die Ereignisse aus Sicht der Karikatur:

1. Der britische Premier William Pitt in Regimentsuniform und Napoleon teilen sich die Welt auf (1805).
2. Napoleon bekommt die Nuss „Leipzig“ nicht zu knacken (1813).
3. Herausbildung eines Stereotyps: Der biederere und behäbige „Deutsche Michel“ wird erweckt (1842).
4. Lichten eines Hochwaldes: Gründung des Deutschen Zollvereins und Niederbringen der innerdeutschen Zollgrenzen (1834).

Herausgeber: DBB NRW Beamtenbund und Tarifunion, Ernst-Gnoß-Straße 24, 40219 Düsseldorf. Roland Staude (1. Vorsitzender). Telefon: 0211.491583-0. Telefax: 0211.491583-10. E-Mail: redaktion@dbb-nrw.de. Internet: www.dbb-nrw.de.

Chefredakteur: Marcus Michel

Redaktion: Roland Staude, Christian Kratzsch, Markus Klügel

Redaktionsschluss: am 15. jeden Monats.

Hinweis: Die Beiträge, die mit dem Namen des Verfassers gezeichnet sind, stellen nicht unbedingt die Meinung des Herausgebers dar.

Bezugsbedingungen: Die Zeitschrift erscheint zehnmal jährlich. Der Abonnementspreis für Nichtmitglieder des DBB beträgt jährlich 15,90 Euro zuzüglich Postgebühren, der Bezugspreis für das Einzelheft 2,00 Euro, Bezug durch die Post. Einzelstücke durch den Verlag.

Verlag: DBB Verlag GmbH. Internet: www.dbbverlag.de. E-Mail: kontakt@dbbverlag.de. Verlagsort und Bestellschrift: Friedrichstraße 165, 10117 Berlin. Telefon: 030.7261917-0. Telefax: 030.7261917-40.

Herstellung: L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG DruckMedien, Marktweg 42-50, 47608 Geldern.

Anzeigen: DBB Verlag GmbH, Mediacenter, Dechenstr. 15 a, 40878 Ratingen. Telefon: 02102.74023-0, Telefax: 02102.74023-99. E-Mail: mediacenter@dbbverlag.de. Anzeigenleitung: Petra Opitz-Hannen, Telefon: 02102.74023-715. Anzeigenverkauf: Andrea Franzen, Telefon: 02102.74023-714. Anzeigen disposition: Britta Urbanski, Telefon: 02102.74023-712. Preisliste 46, gültig ab 1.1.2024. Ständige Beilage: dbb magazin. ISSN 1438-2989

Meilensteine der Frauenförderung

Drei Jubiläen für mehr Gleichstellung

Zum anstehenden Weltfrauentag am 8. März erinnert die Frauenvertretung des DBB NRW an die drei Jubiläen und Meilensteine der Gleichberechtigung und Gleichstellung der Frau in diesem Jahr. Zum einen feiert der Art. 3 Grundgesetz als Basis aller Gleichstellungsarbeit sein 75. Jubiläum. Daneben gilt es, in diesem Jahr auch den 25. „Geburtstag“ des Landesgleichstellungsgesetzes (LGG NRW) sowie des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes (AGG NRW) zu feiern, Letzteres wird volljährig. Ein guter Anlass für einen Blick auf den aktuellen Stand der Gleichstellung und die Aufgaben der Frauenvertretung des DBB NRW. Wesentliche gesetzliche Grundlage für die Gleichstellung der Geschlechter im gesamten öffentlichen Dienst in Nordrhein-Westfalen ist das 1999 in Kraft getretene Landesgleichstellungsgesetz. Herzstück ist die sogenannte leistungsbezogene Entscheidungsquote für die Bevorzugung von Frauen bei gleicher Qualifikation. Das Gesetz verpflichtet zudem alle Dienst-



Andrea Sauer-Schnieber, Julia Dalhoff-Schreik, Sandra van Heemskerck, Diana Wedemeier, Astrid Walter-Strietzel, Valentina van Dornick, Juliane Gallwitz, Wibke Poth (von links)

© DBB NRW/Christian Kratzsch

stellen mit mindestens 20 Beschäftigten, eine Gleichstellungsbeauftragte zu bestellen. In Kommunen mit mehr als 10 000 Einwohnerinnen und Einwohnern sind auf der Grundlage der Gemeindeordnung hauptamtliche Gleichstellungsbeauftragte zu bestellen. Das Gesetz hat sich grundsätzlich bewährt. So waren mehr als die Hälfte (58,7 Prozent) der

beim Land Beschäftigten Frauen. Auch im höheren Dienst ist die Mehrheit der Beschäftigten (54,8 Prozent) weiblich. Dennoch ist die vollständige Gleichstellung der Geschlechter noch nicht erreicht. Nach wie vor gilt: je höher die Position, desto geringer der Frauenanteil. Im Eingangsdienst des höheren Dienstes (Besoldungsgruppe A13 /E 13) beträgt der Frauen-

anteil 64,6 Prozent, im Endamt (Besoldungsgruppe A 16/E 15Ü) nur noch 27,4 Prozent. In den absoluten Spitzenpositionen (ab Besoldungsgruppen B 5) macht der Frauenanteil weniger als ein Viertel (24,6 Prozent) aus. Auch in Gremien sind Frauen noch durchweg unterrepräsentiert. Hier gilt es weiterhin, an einem Ausgleich zu arbeiten.